

Grüne lehnen Umzonung ab

Stans Die Grünen Stans lehnen den Antrag auf Umzonung im Galgenried ab, über den an der Gemeindeversammlung vom 22. November entschieden wird. Wie sie gestern mitteilten, unterstützen sie das Vorhaben der Zimmermann Recycling AG, dort ein Zentrum für die Wiederaufbereitung und Lagerung von mineralischen Abfallstoffen zu bauen.

Den Ort nahe der Autobahn und ohne Dorfdurchfahrt von Lastwagen erachte man bei den engen Platzverhältnissen im Kanton als relativ unproblematisch. Die unklaren Folgen eines Ja liessen zudem rechtliche Fragen und mögliche finanzielle Belastungen für Stans offen. Weiter unterstützen die Grünen den Wettbewerbskredit für den Neubau des Wohnhauses Mettenweg sowie alle weiteren Anträge an der Gemeindeversammlung. (red)

Junge SVP fasst Ja-Parole zu Kredit

Flugplatz Die Junge SVP Nidwalden sagt Ja zum Objektkredit für die Modernisierung des Flugplatzes Buochs. Bei ihrer online durchgeführten Parolenfassung habe eine grosse Mehrheit für das Anliegen der Regierung gestimmt, wie es in einer kurzen Mitteilung heisst. Über die 10 Millionen befindet das Stimmvolk am 26. November. (red)

Frage der Woche Wie wichtig ist Nextbike?

Nextbike baut sein Netz aus. Nach Hergiswil, Stans und Stansstad kommt der Veloverleih-Dienst ab kommendem März nach Obwalden. In Sarnen sind 20 Stationen mit 60 Velos geplant. Und auch das Netz in Nidwalden wächst weiter. Ab nächstem Jahr können Velos auch in Oberdorf und Wolfenschiesen ausgeliehen werden (siehe Ausgabe vom 10. November). **Thomas Beck**, Präsident von Pro Velo Unterwalden, wagt eine Prognose zur weiteren Entwicklung.



«Nextbike ist ein geniales Angebot. Mit keinem anderen System kann man günstiger Velofahren. Auch ist es sehr kundenfreundlich: Nach einer einmaligen Registrierung loggt man sich ein und fährt los. Nach der Fahrt kann man das Velo an irgendeiner Nextbike-Station zurückgeben. Das schätzen nicht nur Einheimische, sondern auch Touristen, die so die Gegend erkunden können. Wir freuen uns sehr über die positive Nachfrageentwicklung. Dass Alpnach und weitere Obwaldner Gemeinden noch nicht an Bord sind, verstehe ich. Schliesslich müssen die Gemeinden für das Angebot auch zahlen. Aber ich habe das Gefühl, dass Nextbike in den nächsten zwei oder drei Jahren flächendeckend in Nid- und Obwalden angeboten wird, nicht zuletzt, weil die Energiestädte damit Punkte machen können.» (map)

Analyse zur Abstimmung über den 10-Millionen-Kredit für den Flugplatz Buochs

Es bleibt ein ordnungspolitischer Entscheid

Man könnte meinen, die Zukunft des Kantons stehe auf dem Spiel, wenn man sich die hitzige Debatte zur Abstimmung über den Flugplatz zu Gemüte führt. So emotional ging es in Nidwalden in jüngster Zeit seit der Abstimmung über



Abstimmung
26. November

das Atomendlager Wellenberg wohl nie mehr zu und her. Die Vorlage polarisiert quer durch alle Parteien. Eines gilt es dazu klar festzuhalten: Dass Nidwalden den Flugplatz behalten soll, ist unumstritten. Ebenso will niemand die volkswirtschaftlich über die Kantongrenze hinaus wichtigen Pilatus-Werke in ihrer Entwicklung und Bewegungsfreiheit einschränken.

Umso auffallender, dass die Befürworter die Abstimmung zur Flugplatz-Ja-oder-Nein-Frage emporstilisieren, als möch-

ten sie mangels besserer Argumente den Gegnern ein schlechtes Gewissen einreden. Auch die Argumente der Regierung sind teilweise schwach: Weil man in vielen Gremien jahrelang daran gearbeitet habe, müsse endlich abgestimmt werden. Die Regierung drohte gar, den Landrat via Behördenreferendum zu umgehen, falls er nicht spure.

Auch die Stimmrechtsbeschwerde – ein demokratisches Recht – geriet der Regierung in den falschen Hals. Das verunsichere Bürger unnötig. Dass sich die Regierung aber einen Rüffel vom Verfassungsgericht einhandelte, weil sie den Standpunkt der Gegner in den Abstimmungsunterlagen ungenügend wiedergegeben habe, passt ins Bild; ja keine Widerrede, keine Verzögerung. Und die gewichtige Finanzkommission des Landrats verlangte erfolglos von der Regierung, offene Fragen zu klären. Im Parlament

wurde moniert, dass das künftige Betriebsreglement noch fehle. Dabei steht die Airport Buochs AG (Abag) – eine vor 17 Jahren gegründete gemeinsame Firma des Kantons und der Pilatus-Werke mit je 50 Prozent Aktienkapital – gar nicht so sehr unter Zeitdruck, wie es scheint.

Was hat das mit dem Urnengang vom 26. November zu tun? Viel. Je emotionaler ein Geschäft diskutiert wird, desto schlechtere Ratgeber sind Unsicherheiten, offene Fragen und Druckversuche, vor allem von offizieller Seite. Dass die Gegner fast an die Wand gedrückt werden, macht skeptisch. Im Landrat gab es gar Zweifel, ob das Geschäft wirklich reif genug sei.

Dabei gäbe es gute Argumente für die Vorlage: Der Landrat hiess sie mit 40:18 Stimmen gut. Diese komfortable Mehrheit verspricht sich wie die Regierung bessere Mitsprache,

wenn der Kanton hälftig an der Airport Buochs AG beteiligt bleibt. Pilatus-Verwaltungsratspräsident Oscar J. Schwenk wünscht sich, dass der Kanton im Boot bleibt, weil er findet, die künftige Nutzung des Flugplatzes etwa für touristische Heliflüge sei eine politische Frage für den Kanton und keine unternehmerische für seine Firma. Wobei das Schreckgespenst der Gegner von künftigen Airbus-Landungen nichts mehr als Angstmache ist.

Die 10 Millionen wären als Aktienkapital für den Kanton nicht verloren. Im 360-Millionen-Franken-Budget haben diese sicher Platz. Aber es ist heute offen, ob und welche künftigen Kosten auf die Abag und damit den Kanton zukommen. Der Entscheid der Genossenschaft Buochs über ihren Beitrag an den Betrieb wurde sistiert, wie lange der Bund Flugplätze dieser Art finanziell unterstützt, ist unklar.

Noch kennt niemand die späteren Mehreinnahmen aus mehr Flugbewegungen und Hangarvermietungen und weiss trotz berechtigter Aussicht auf höhere Erträge niemand, wie schnell und lange ein selbsttragender Betrieb möglich ist. Das Ja oder Nein wird für viele ein Bauchentscheid sein. Dabei sollte nicht die Zukunft des Flugplatzes im Mittelpunkt der Überlegung stehen, sondern die ordnungspolitische Frage, ob sich der Kanton stärker an der Flugplatzbetreiberin beteiligen soll, was ihm Mitsprache sichert, aber gleichzeitig auch ein Stück Unabhängigkeit nimmt.



Markus von Rotz
Redaktionsleiter
markus.vonrotz@nidwaldnerzeitung.ch

«Wir haben keine Ausweichmöglichkeiten»

Alpnach In zehn Tagen kommen das Budget und eine rollstuhlgängige Unterführung vors Volk. Das dritte und wichtigste Geschäft aus Sicht des Gemeinderats ist der Kredit für die Planung neuer Kindergärten.

2020 sollen erste Kindergartenkinder im Neubau anstelle des heutigen Schwesternhauses ihre erste Begegnung mit der Schule machen können. So sehen es die Pläne des Gemeinderats vor, wie sie an der Gemeindeversammlung vom Donnerstag erstmals öffentlich erläutert wurden – zehn Tage vor der Urnenabstimmung. «Wir brauchen unbedingt neue Zimmer und haben keine Ausweichmöglichkeiten», sagte die fürs Schulwesen zuständige Gemeinderätin Sibylle Wallimann. Die Bevölkerung sei seit 2008 von 5242 auf 5967 angestiegen und dürfte Ende Jahr die 6000er-Grenze knacken. Das bedeute 666 Schüler im Jahr 2021 gegenüber 614 heute.

Insbesondere das Spitzen-Geburtsjahr 2011 (90 Kinder) wirke sich jetzt auf den Kindergarten aus. Schon 2008 hatte der Gemeinderat ein Raumnutzungskonzept lanciert. Das Ergebnis war ein von Luzerner Architekten gewonnener Wettbewerb für einen Schwesternhaus-Ersatz. Die Pläne wurden «wegen abgelehnter Budgets und der schwierigen Finanzlage» zurückgestellt, so Wallimann.

Bau dürfte 5 Millionen Franken kosten

2016 nahm der Gemeinderat das Vorhaben wieder auf und sieht nun sechs statt vier Kindergärten sowie zwei Mehrzweckräume vor. Der Neubau hätte doppelt so viel Fläche wie das Schwesternhaus, das laut Wallimann «eine schlechte Bausubstanz und schlechte energetische Voraussetzungen» mitbringe. Es gehe nicht ohne Neubau. Auf einem gedeckten Aussenplatz wären später zwei weitere Kindergartenzimmer möglich. Bauchefin Regula Gerig rechnet dereinst mit Kosten von 5 Millionen Franken samt Abbruch des Schwesternhauses und einem Provisorium mit Containern für ein Jahr.



Das Schwesternhaus soll einem Neubau für mindestens sechs Kindergartenklassen weichen.

Bild: Markus von Rotz (Alpnach, 17. November 2017)

Ist Landverkauf rechtens?

Alpnach Der geplante Landverkauf ab der Liegenschaft Bachmattli in Schoried an die Familie Obrist, die dort in einer der Landwirtschaft überlagerten Zone einen öffentlichen Reitstall führen will, war ein längeres Thema an der Gemeindeversammlung vom Donnerstag. Der kantonale Bauernpräsident Simon Niederberger glaubt den Beteuerungen nicht, dass diese Parzelle der Landwirtschaft erhalten bleibt, und warf ein, dass nach bürgerlichem Bodenrecht nur Selbstbewirtschafter eines Betriebs landwirtschaftliches Land kaufen dürften. Er fragte auch, ob es nicht besser wäre, den Boden

Bauern als Realersatz im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz abzutreten. Schliesslich meinte er, der Bund lasse für hobbymässige Reithaltung keine Aussenanlagen zu. Gemeindepräsident Heinz Krummenacher betonte, die Gemeinde unterstütze die Pläne grundsätzlich. Sie seien im öffentlichen Interesse und hülfe, den Grüngürtel zwischen Schoried und Alpnach zu erhalten. Selbstredend sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, komme es doch noch zu einer öffentlichen Auflage mit Einsprachemöglichkeit und im Sommer oder Herbst 2018 zu einer Urnenabstimmung. (mvr)

Am 26. November befindet das Volk vorerst über einen Planungskredit von 250 000 Franken.

Sanieren oder bis 2035 warten

735 000 Franken – minus je 50 000 Franken von den Pilatusbahnen und der Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee – will der Gemeinderat für eine neue Unterführung auf Seeseite des Bahnhof Alpnachstad. Weil die Zentralbahn die Gleisunterführungen rollstuhlgängig macht, sei es sinnvoll, auch den Zubringer zum Schiffssteg anzupassen. Der Bund plane eine Sanierung nicht vor 2035, sagte Bauchefin Regula Gerig. «Das geht aus Sicht des Gemeinderats viel zu lange.» Sie erinnerte daran, dass die aktuelle Treppe für Eltern mit Kinderwagen, Ältere

mit Rollator oder Leute im Rollstuhl nicht überwindbar sei und der Treppenlift oft defekt sei.

Schliesslich wird über das Budget 2018 abgestimmt. Es geht erstmals nach zwei Jahren wieder von einem kleinen Defizit (235 000 Franken) aus. Sorgen machen Finanzchef Marcel Moser die nach wie vor steigenden Gesundheitskosten. Hier finde «eine gewaltig überproportionale Entwicklung statt». Ab 2019 erwartet er jährliche Defizite von rund einer halben Million, dies vor allem wegen eines «Investitionsnotstands» aufgrund aufgelaufener Vorhaben und der Kosten für den Hochwasserschutz. Netto sollen jährlich etwa 4 bis 4,8 Millionen investiert werden.

Markus von Rotz
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch